

„Ägypten: Demokratischer Aufbruch oder Eskalation der Gewalt?“ Kurzbericht über das 24. Donnerstagsgespräch am 22. März 2012

Vor mehr als einem Jahr hat ein hoffnungsvoller Aufbruch in Ägypten begonnen. Das Land befindet sich nun in einer Transitionsphase. Ob es sich von einer Diktatur zu einem demokratischen System entwickelt steht noch aus. Um die aktuelle soziale und politische Situation zu erörtern, luden die GKKE und der Katholische Akademische Ausländerdienst (KAAD) in das Haus der EKD zu einer sehr gut besuchten Veranstaltung ein. Zu dem Thema „Ägypten: Demokratischer Aufbruch oder Eskalation der Gewalt“ erläuterten die Podiumsgäste ihre Einschätzung zur politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes, wobei der Fokus insbesondere auf die Rolle der Frauen und der ägyptischen Christen gelegt wurde.

Ägyptenexpertin **Ruth Jüttner** von Amnesty International erläuterte drei aktuelle Problembereiche: Die Situation der ägyptischen Frauen, den Einfluss islamistischer Parteien und die Situation der NRO. Die Hoffnung auf eine verstärkte Partizipation der Frauen am aktuellen politischen Prozess wurde leider nicht erfüllt. Vielmehr sei eine stetige Verschlechterung ihrer gesellschaftlichen Situation bemerkbar. Nach Jüttners Einschätzung sei die Demokratiefähigkeit der aktuellen Regierung stark anzuzweifeln und die Menschenrechtssituation zu kritisieren. Die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten seien nicht gesichert. Ein repressives NRO-Gesetz enge zusätzlich die zivilgesellschaftlichen Spielräume ein.

Samira Luka, von der Coptic Evangelical Organisation for Social Services einer Partnerorganisation des EED in Kairo, verdeutlichte exemplarisch, dass gezielt versucht werde ägyptischen Frauen an Einflussmöglichkeiten zu nehmen. Statt davon entmutigt zu werden sollten sie enger kooperieren um ihre Rechte und Interessen durchzusetzen. Ein besseres Verständnis zwischen den Religionen kann durch den interreligiösen Dialog gefördert werden, den CEOSS intensiv unterstützt. Luka hat klare Vorstellungen von einem Beitrag des „Westens“: „Education is good, but the fruit of the education will be gathered after a long time“. Sie fordert daher neben der Investition in den Bildungssektor auch die Förderung wirtschaftlicher Strukturen, des Tourismussektors und des Empowerments kleiner Parteien. Die Regierung solle aufhören lediglich eigene Interessen im Sinne des Machterhalts zu verfolgen, wenn sie dem Land eine Zukunft bieten möchte.

Dr. Maha El Hissy von der Ludwig-Maximilians-Universität in München und ehemalige Stipendiatin des KAAD, verurteilt, dass sowohl Frauen als auch ägyptische Christen für eigene Interessen und politische Vorteile instrumentalisiert werden. Der Weg hin zu Gleichberechtigung sei noch sehr lang. Sie bestätigt die Aussage von Samira Luka, dass die aktuelle Regierung, speziell die Moslebruderschaft, keine politischen Antworten gebe, welche die Bedürfnisse des ägyptischen Volkes widerspiegeln. Sie fordert daher politische Bildungsarbeit und die Unterstützung von Frauenorganisationen, um Demokratisierung voranzubringen.

MdB Sibylle Pfeiffer, entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zog eine Parallele zu Demokratisierungsprozessen und dem Kampf um Gleichberechtigung in Deutschland: der Wandel hin zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft brauche

dementsprechend sehr viel Zeit. Der Erfolg der Moslebruderschaft bei den Neuwahlen sei keine Überraschung, denn es handele sich bei ihnen um die einzig wirklich organisierte politische Kraft im Land. Der deutschen Entwicklungspolitik sei daran gelegen Ägypten mit ihrer Hilfe zu unterstützen, allerdings gestalte sich die Kooperation mit der Regierung und NRO, unter anderem durch das NRO-Gesetz, sehr schwer.

Dr. Otmar Oehring, Leiter der Fachstelle Menschenrechte bei missio Aachen, kritisiert das doppelbödige Demokratieverständnis der deutschen Regierung, welches je nach eigenen Interessen umgedeutet und angewendet werde. Auf die Frage inwiefern die Situation in Ägypten mit der in der Türkei verglichen werden könne, entgegnete der Türkeispezialist, dass solche Vergleiche nicht sehr aussagekräftig seien. Jedes Land müsse individuell betrachtet werden. Schlüsse auf Entwicklungsprozesse von einem Land zu einem anderen seien schlecht möglich. Er betont die Unerlässlichkeit langfristiger finanzieller Unterstützung für einen nachhaltigen Wandel. Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Minderheiten kann die Partizipation und das Empowerment kleinerer Gruppen fördern und sollte in Zukunft in Angriff genommen werden.

(Julia Große)